

Die Landesmitgliederversammlung der Jusos Bremen möge beschließen:
Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

Antragssteller: Landesvorstand

A 7: Keine Vorschulen in Bremen – Unsere Bildung ist Inklusiv

Angesichts einiger Bildungsdefizite bei Grundschüler*innen und kleinen Kindern, kommen nun Forderungen auf, in Bremen ein Vorschulmodell ähnlich dem Hamburger Systems einzuführen. Fünfjährige Kinder sollen demnach die Möglichkeit bekommen, anstatt des letzten Kindergartenjahres eine Vorschule zu besuchen. Für Kinder mit einem erhöhten Förderbedarf soll dies verpflichtend werden und auch Kinder, deren Schulstart zurückgestellt wurde sollen diese besuchen.

Aus unserer Sicht widerspricht dieser Vorschlag dem Grundgedanken der Inklusion, der zentral für den Charakter des Bremer Bildungssystems ist. Vorschulen würde eine neue Selektion aufgrund der Leistung darstellen. Die Folge wären für diese Kinder mehrfache Wechsel ihres sozialen Umfeldes. Aufgrund der häufigen Veränderungen ist zu befürchten, dass sich daraus negative Folgen für die Kinder ergeben. Das Unterrichten in Klassen, die vor allem aus Kindern mit Förderschwerpunkten bestehen, würde z.B. das gegenseitige Lernen erschweren.

Deswegen fordern wir:

- Die Ablehnung von Vorschulen und ein klares Bekenntnis zum Ziel der inklusiven Bildung.

Wir wollen aber nicht abstreiten, dass Pädagog*innen in Bremen vor große Herausforderungen gestellt werden. Besonders in den ersten Schuljahren werden diese Probleme besonders deutlich. Die Lösung dieser darf aber nicht in einer Separierung der Kinder liegen, vielmehr müssen die bisherigen Anstrengungen, Bildungsstätten noch besser auszustatten fortgesetzt und intensiviert werden, um den Bedarfen aller Kinder gerecht zu werden. Die Einrichtung von Vorschulen würde die jetzt schon angespannte personelle und räumliche Situation bei bestehenden Schulen und Kitas noch verschärfen. Darüber hinaus vergessen Befürworter*innen eines solchen Modells, dass Kitas viele wichtige vor allem soziale Kompetenzen vermitteln und damit Arbeit leisten, die in Schulen nicht erbracht werden kann.

Ärgerlich ist auch, dass Fürsprecher*innen ein Modell von Vorgestern als erstrebenswert ansehen und die Potenziale verschiedener Projekte an Bremer Schulen sowie bestehende Pläne der Politik ignorieren. Zum einen widerspricht der Vorstoß dem aktuellen „Bildungsplan 0 - 10“ der die Kooperation der Grundschulen und Kitas fördert und den Kindern den Übergang erleichtern soll. Zum anderen haben Grundschulen in Bremen sehr gute Erfahrungen mit dem Modell der jahrgangsübergreifenden Lerngruppen gemacht (einige von ihnen wurden dafür vom Bund ausgezeichnet). Durch diesen Ansatz können die Probleme, welche zur Forderung nach Vorschulen führen, ebenso bewältigt werden, ohne dabei häufige Schulwechsel für die Kinder zu erzeugen.

Aus diesem Grund fordern wir:

- Die besondere Rolle von Kitas bei der Bildung zu würdigen und ihren Wert für Kinder genauso zu berücksichtigen wie bei Grundschulen.
- Die bisherigen Anstrengungen zum Ausbau von Schulen und KiTas insbesondere in stark betroffenen Stadtteilen fortzusetzen (aufholende Entwicklung) und zu intensivieren
- Einen verpflichtenden Besuch einer KiTa ab Vollendung des 3. Lebensjahres
- Kitas und Grundschulen dabei zu unterstützen und zu ermächtigen, Inklusion zu leben und den Bedarfen der Kinder z.B. durch Sprachförderung vor Ort gerecht zu werden.